



*Internationale Solidarität zwischen Beschäftigten entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette*

## *TIE ExChains Newsletter – Menschenwürdiges Arbeiten auch in Zeiten von Corona*

*10.04.2020*



Mit diesem regelmäßigen Newsletter informieren wir über die Situation von Arbeiter\*innen in der aktuellen Corona-Krise. Besonders prekär Beschäftigte trifft die aktuelle Corona-Krise hart. Gleichzeitig organisieren sich Arbeiter\*innen weltweit auch in der Krise für ihre Rechte und machen Druck, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für Beschäftigte abzufedern. In dieser Ausgabe des Newsletters berichten wir von aktuellen Kämpfen aus Spanien, Deutschland, Sri Lanka und Kolumbien.

### Spanien:

**Gewerkschaften erkämpfen Lohnfortzahlung für Beschäftigte des Inditex-Konzerns im Einzelhandel bis zum 15. April**

Die Zara-Mutter Inditex zählt zu den umsatzstärksten Unternehmen und größten Arbeitgebern Spaniens. Allein in seinen Läden in Spanien beschäftigt der Konzern rund 25.000 Angestellte. Seit dem 14. März sind diese nun zu Hause. Das von Inditex ursprünglich geäußerte Vorhaben, bereits für den Zeitraum ab dem 14. März Kurzarbeitergeld für alle Beschäftigten im Einzelhandel zu beantragen, stieß jedoch auf weitreichenden Protest von Gewerkschaften und Zivilgesell-

schaft. „Inditex hat die finanziellen Ressourcen, um selbst für die Gehälter der Beschäftigten aufzukommen, auch unter den aktuellen Bedingungen. Das Unternehmen darf die Verantwortung für die Beschäftigten in der aktuellen Corona-Krise nicht einfach auf den Steuerzahler abwälzen“, kritisiert Javier Paraíso von der Gewerkschaft CGT. Schließlich ruderte Inditex zurück und sicherte zu bis zum 15. April für die Beschäftigten im Einzelhandel alle Gehälter ohne Abzüge zu zahlen. Sollten die Geschäfte nach dem 15. April weiter geschlossen bleiben, kündigte Inditex an, alle Beschäftigten in Kurzarbeit zu schicken. Auf Druck der Gewerkschaften sicherte der Konzern jedoch zu, die 70% Kurzarbeitergeld vom Staat auf 100% aufzustocken. Für die vielen Teilzeitbeschäftigten mit Arbeitsverträgen über 20 oder 24 Wochenstunden dürfte es aber trotzdem finanziell knapp werden. Bei einem Grundgehalt von nicht einmal 700 Euro im Monat, sind sie auf Zusatzeinnahmen durch regelmäßige Überstunden angewiesen, um über die Runden zu kommen. Diese fallen nun weg. Ebenfalls hart getroffen hat es die befristeten Mitarbeiter\*innen in den Filialen. Mitarbeiter\*innen, deren Verträge im März oder April auslaufen, erhielten keine Verlängerung. „Bereits Anfang März hatte das Unternehmen begonnen, alle befristeten Verträge einfach auslaufen zu las-



sen. Wir dachten zu dem Zeitpunkt, dass der Grund dafür das dieses Jahr recht langsam anlaufende Geschäft war. Nachdem dann aber kurz darauf die Anordnung der Regierung kam, alle Läden zu schließen, können wir natürlich nicht ausschließen, dass Inditex bereits Informationen über den bevorstehenden Lock-Down von der Regierung erhalten hatte“, so Silvana Casas Salvador von der Gewerkschaft MIT.

### Kampf um Gesundheitsschutz für die Beschäftigten in den Logistikzentren von Inditex

Im Gegensatz zum Shut Down im Einzelhandel läuft die Arbeit in den 11 Logistikzentren von Inditex weiter, wenn auch mit verminderter Belegschaft. Inditex Logistikzentren in Spanien sind Dreh- und Angelpunkt der globalen Warenströme des Konzerns. Während in Europa der Modehandel weitestgehend zum Erliegen gekommen ist, haben in China bereits 103 von 114 Stores der Inditexgruppe wieder geöffnet. Ihre Ware erhalten Sie über die Logistikzentren in Spanien. „Als Gewerkschaft kritisieren wir, dass Inditex ganz klar das Geschäft über die Gesundheit der Beschäftigten und das Allgemeinwohl stellt. Obwohl die Regierung zum 01. April den Shutdown für alle nicht-relevanten Wirtschaftssektoren angeordnet hat, nutzt Inditex ein rechtliches Schlupfloch, um den Betrieb weiterlaufen zu lassen. In Zaragoza arbeiten immer noch rund 850 Beschäftigte in einer Schicht, wenn auch nur noch für zwei Mal vier Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten jetzt Handschuhe und Masken, nachdem wir Druck gemacht haben. Das ist aber zu wenig. Bedingt durch die Art der Arbeit ist es nicht möglich, den Mindestabstand einzuhalten. Wir fordern daher die Schlie-

ßung der Logistikzentren bei vollem Lohnausgleich oder zumindest die flächendeckende Desinfektion aller Geräte und Flächen zum Schichtwechsel“, so Javier Paraíso, Sprecher der Logistik-Abteilung der CGT. „Auf Grund der Rechtslage können wir den Weiterbetrieb der Logistikzentren nicht verhindern. Zumindest konnten wir aber in Verhandlungen mit dem Unternehmen sicherstellen, dass in der aktuellen Situation niemand zur Arbeit gezwungen werden kann. Beschäftigte, die beispielweise Familienangehörige haben, die Risikogruppen angehören, können zu Hause bleiben und erhalten trotzdem ihren vollen Lohn. Im Gegenzug müssen sie nicht die volle Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche, sondern nur 8 Stunden pro Woche im Laufe des Jahres nacharbeiten. Damit haben wir schon einiges erreicht“, fasst Javier zusammen.

### Deutschland:

#### H&M GBR und ver.di erkämpfen soziale Standards für Betriebsvereinbarungen zu Kurzarbeit

In Deutschland gelang es dem H&M Gesamtbetriebsrat gemeinsam mit ver.di ebenfalls soziale Mindeststandards hinsichtlich der Einführung von Kurzarbeit durchzusetzen. H&M hat bereits ab dem 18. März Kurzarbeitergeld für alle Beschäftigten beantragt. Das staatliche Kurzarbeitergeld beträgt jedoch nur 60% des regulären Gehalts. Dies wären selbst für eine Vollzeitkraft im Schnitt nur rund 940 Euro im Monat. In einer hartnäckigen Marathonverhandlung konnte der GBR aber einige wichtige Standards erkämpfen, die den rund 13.000 Beschäftigten von H&M zumindest ein Mindestmaß an Sicherheit in der aktuellen Krise bieten:

- Im Abrechnungszeitraum März wird das Kurzarbeitergeld für alle Beschäftigten auf 100% und im April und Mai auf 90% des Nettoentgelts aufgestockt.
- Werkstudent\*innen und Minijobber\*innen erhalten ein Entgelt, das dem Kurzarbeitergeld entspricht sowie einen Zuschuss auf 100% des Nettoentgelts im März und auf 90% des Nettoentgelts im April und Mai.
- Bis zum 31.05.2020 sind betriebsbedingte Kündigungen nicht zulässig. Während der Kurzarbeit werden in den davon betroffenen Bereichen keine Leiharbeiter\*innen beschäftigt und keine Leistungen fremd vergeben (Werkverträge, Dienstverträge usw.). Ausnahmen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Betriebsrats.
- Sollten schwangere Mitarbeiterinnen Nachteile bei der Berechnung des Elterngelds erfahren, werden diese Nachteile in Absprache mit der Mitarbeiterin für die Dauer des Bezugs ausgeglichen.
- Gleichzeitig hielt der GBR außerdem dem Druck der Geschäftsführung stand, auch für die Filialen in NRW mitzuverhandeln. Der Manteltarifvertrag für den Einzelhandel in NRW sieht vor, dass Kurzarbeit nur mit einer Vorankündigung von vier Wochen eingeführt werden darf. Vor diesem Hintergrund fanden zeitgleich zu den Verhandlungen des GBR Verhandlungen zwischen ver.di in NRW und dem Arbeitgeberverband HDE statt. Als Ergebnis erhalten die Kolleg\*innen vier Wochen nach Ankündigung eine Aufstockung des Kurzarbeitergelds auf 100%, für den anschließenden Zeitraum bis Ende Juni 90% des Nettoentgelts. Zudem wird jeweils ein Pauschalbetrag von 15% auf den Aufstockungsbetrag als Ausgleich zur Steuerbelastung gezahlt.

### Sri Lanka:

#### **Bekleidungsfabriken widersetzen sich Lock-Down und gefährden Arbeiter\*innen**

In Sri Lankas Bekleidungsfabriken steht die Produktion seit dem 20. März bis auf Weiteres auf Anordnung der Regierung still. Auf Druck der FTZ & GSEU und anderer Gewerkschaften hat die Regierung alle Fabriken verpflichtet alle Löhne für April in voller Höhe zu zahlen. Zusätzlich steht den Beschäftigten im April ein gesetzlicher Bonus anlässlich des buddhistischen Neujahrsfests zu. Ob die Beschäftigten diesen erhalten, ist jedoch unklar. Das US-Unternehmen NEXT hat bereits angekündigt auf Grund der finanziellen Einbußen durch Ladenschließungen in Europa und den USA nur 50% des Bonus an die Arbeiter\*innen in firmeneigenen Fabriken auf Sri Lanka auszuzahlen.

Ein Großteil der Bekleidungsproduktion für den Exportmarkt findet in abgelegenen Industrieparks oder Freihandelszonen statt. Die Arbeiter\*innen leben dort auf engstem Raum in Hostels. Die FTZ & GSEU hat sich daher ebenfalls dafür eingesetzt, dass die zuständigen Behörden den Rücktransport der Arbeiter\*innen in ihre Heimatdörfer organisieren. Sowohl in den Fabriken als auch in den Unterkünften ist die Ansteckungsgefahr hoch, da es für die Arbeiter\*innen kaum möglich ist, den Mindestabstand einzuhalten. Ungeachtet dieser Tatsache haben jedoch einige Fabriken Sondergenehmigungen erhalten, um mit reduzierter Belegschaft weiter zu produzieren. „Diese Sondergenehmigungen riskieren, dass in den Fabriken neue Cluster von Corona-Infektionen unter Beschäftigten und ihren direkten Kontakten entstehen, denn in den Fabriken ist es schlichtweg nicht möglich, den Min-





destabstand einzuhalten. Wir haben deshalb bereits schriftliche Beschwerden von Arbeiter\*innen aus den betroffenen Fabriken erhalten. Wir fordern die sofortige Schließung aller Fabriken und die Einleitung von rechtlichen Schritten gegen alle Mitarbeiter von Behörden, die entgegen des Regierungserlasses Sondergenehmigungen für den Weiterbetrieb von Fabriken ausstellen“, so Anton Marcus, Generalsekretär der Gewerkschaft FTZ & GSEU.

### Kolumbien:

#### Arbeiter\*innen sind ohne staatliche Hilfen auf sich allein gestellt

Auch in Kolumbien sind seit dem 24. März alle Betriebe geschlossen, die nicht als systemrelevant gelten. Viele Beschäftigte haben ihren Job verloren. Insbesondere Hotels, Restaurant und Transportunternehmen kündigen einen Großteil der Belegschaften. Auch den vielen Beschäftigten im informellen Sektor, wie z.B. den zahlreichen Straßenverkäufern, bricht das Einkommen weg und es ist bereits in einigen Städten zu Plünderungen von Supermärkten gekommen. Anstatt mit der Einführung von staatlicher Unterstützung reagiert die Regierung darauf bisher jedoch vor allem mit der Erhöhung von Militärpräsenz in den Straßen. Gleichzeitig nutzt der Staat die Krise, um die Sozialgesetzgebung zu reformieren. Aktuell arbeitet die Regierung an einem neuen Gesetz zur Anhebung des Rentenalters von 62 auf 65 Jahre.

In den Sektoren, in denen der Geschäftsbetrieb weiterläuft, muss der Gesundheitsschutz für die Arbeiter\*innen von den Gewerkschaften erst erkämpft werden. „In unserer Fabrik, die Kartons herstellt, haben wir drei Wochen dafür gekämpft, dass wir endlich Schutzkleidung zur Verfügung gestellt bekommen. Jetzt wurde zusätzlich noch der Betrieb auf ein Mindestmaß eingeschränkt, um die Ansteckungsgefahr für die Arbeiter\*innen zu reduzieren. Da wir gewerkschaftlich organisiert sind, konnten wir durchsetzen, dass wir trotz der verringerten Arbeitszeit den vollen Lohn ausgezahlt bekommen. In den Supermärkten zum Beispiel sieht man weiterhin

die Beschäftigten meist ohne Schutzkleidung arbeiten. Nur vereinzelt sieht man Beschäftigte mit Masken oder Handschuhen – ob sie diese vom Unternehmen bekommen oder selbst anschaffen müssen ist unklar“, so Ricardo Rueda von der Gewerkschaft SINTRATUCAR.

Insgesamt zeigt sich in Kolumbien deutlich, dass den Preis für die Krise vor allem die Arbeiter\*innen bezahlen. Auf Grund der ohnehin bereits niedrigen Gehälter in vielen Sektoren, kommen viele Beschäftigte auch dann kaum über die Runden, wenn Gewerkschaften Lohnfortzahlungen erkämpfen konnten. „In den meisten Fällen reichen die regulären Löhne nicht zum Leben. Viele unserer Kolleg\*innen sind auf regelmäßige Überstunden angewiesen. Um überhaupt weiter ein Gehalt zu bekommen müssen viele Beschäftigte jetzt zwangsweise ihren kompletten Jahresurlaub nehmen, das sind 15 Tage. Teilweise auch schon für's nächste Jahr. Viele von uns haben also für die nächsten zwei Jahre keinen einzigen Urlaubstag mehr. Manche haben nicht mal diese Möglichkeit. Wer keinen Urlaub mehr hat, bekommt auch kein Geld, weder vom Unternehmen noch vom Staat. Wir sind also ganz auf uns allein gestellt und müssen von unserem Ersparten leben. Wenn wir kein Erspartes haben, müssen wir einen Kredit aufnehmen und die Banken verlangen momentan richtig hohe Zinsen. Die Banken versuchen jetzt Gewinn aus der Krise zu ziehen und wir, die Arbeiterklasse sollen dafür zahlen“, fasst Jairo del Río von der Gewerkschaft SINTRATUCAR zusammen.

#### Internationale Solidarität auch in Zeiten von Corona

Die Corona-Krise zeigt: Es ist aktuell wichtiger als je zuvor ist, dass wir uns gemeinsam organisieren, um unsere Rechte auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu verteidigen. Überall auf der Welt sind es die Arbeiter\*innen, die den Preis für diese Krise bezahlen. Nur gemeinsam haben wir die Stärke, den Versuchen der Konzerne, die Kosten dieser Krise auf die Beschäftigten abzuwälzen, etwas entgegen zu setzen.